

Gotthardstrasse 38
6490 Andermatt
lloretz@bluewin.ch

► **Vaterschaftsurlaub**

In der Schweiz dürfen frischgebackene Väter der Arbeit gemäss Gesetz einen einzigen Tag fernbleiben. Eine Volksinitiative will dies ändern und plädiert für 20 Tage Vaterschaftsurlaub.

Braucht es das?

Ausgangslage

Als gesetzliche Pflicht soll ein staatlicher Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen in der Schweiz eingeführt werden.

Die Folgen sind weniger Lohn für alle Arbeitnehmenden (mehr Lohnabzüge), mehr Ausgaben für den Staat, ein grosser Bürokratieberg für Arbeitgeber und höhere Produktionskosten, was im schlimmsten Fall Arbeitsplätze gefährdet. Zusätzlich steigen die Sozialversicherungskosten, welche die nächsten Generationen, in Anbetracht der eh schon schwierigen demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft, finanzieren müssen.

Unsere Sozialwerke wie die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), Ergänzungsleistungen (EL) und Invalidenversicherung (IV) aber auch die Pensionskassen, sind langfristig nicht finanziert.

Dazu kommen fixe staatliche Regulierungen, die den Wettbewerb insbesondere der Gewerbebetriebe in der Schweiz einschränken.

Kosten

Die **direkten Kosten** für einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub belaufen sich auf **rund 250 Millionen Franken**. Die **indirekten Folgekosten** (organisatorischer Aufwand, Suche von Stellvertretungen, Kosten infolge Überstunden anderer Mitarbeiter mit Aufschlägen, Opportunitätskosten durch Abwesenheiten, d.h. entgangene Aufträge, Produktivitätsverluste etc.), die für alle Unternehmen entstehen, betragen gemäss KMU-Forum das Zwei- bis Vierfache der direkten Kosten – also **400 Millionen bis 1,1 Milliarde Franken pro Jahr**.

Ich setze mich für einen liberalen Arbeitsmarkt ein.

Gerade Gewerbe- und Kleinbetriebe können den staatlichen, obligatorischen Vaterschaftsurlaub weder organisatorisch noch finanziell stemmen.

Deshalb lehne ich den Vaterschaftsurlaub aus folgenden Gründen ab:

▶ **NEIN zu immer mehr Lohnabgaben**

Uns allen bleibt immer weniger vom Lohn, weil immer mehr vom hart erarbeiteten Geld für Abgaben und Sozialversicherungen abgezogen wird. Und nun sollen Angestellte und Arbeitgeber nochmals jährlich rund 250 Millionen Franken abgeben.

▶ **NEIN, damit nicht alle für einige wenige zahlen müssen!**

Mit der neuen Sozialversicherung müssen **wir alle mit Lohnprozenten** dafür zahlen, damit einigen wenigen 14 Tage Ferien bezahlt werden, wenn sie Vater werden.

▶ **NEIN zur weiteren Belastung unserer verschuldeten Sozialwerke!**

Unsere Sozialwerke wie AHV und IV sind langfristig nicht finanziert. Teure Krankenkassenprämien belasten die Bevölkerung. Die Pflegefinanzierung ist nicht gesichert. Und nun sollen wir noch eine weitere Sozialversicherung für Männer zahlen, die Vater werden?

▶ **NEIN zu weiteren Belastungen für KMU und Gewerbe.**

Unsere KMU- und Gewerbebetriebe leiden bereits heute unter hohen Kosten. Und nun sollen sie auch noch 2 Ferienwochen für Väter bezahlen. Das zerstört die Konkurrenzfähigkeit.

▶ **NEIN, damit Grosskonzerne ihre Kosten nicht auf die Kleinen abwälzen!**

Viele Grosskonzerne haben den bezahlten Vaterschaftsurlaub freiwillig eingeführt, weil sie sich das mit ihren Milliardengewinnen leisten können. Nun wollen sie die Kosten für ihre Luxusleistungen auf uns alle abschieben!

► **NEIN zu noch mehr staatlicher Einmischung in die Familie.**

Mütter und Väter bestimmen selber und nach ihren eigenen Bedürfnissen, wie sie ihre Kinder betreuen wollen.

Am 27. September stimmen wir daher über einen Sozialausbau in Milliardenhöhe ab.

Viele Einzel- und Gesamtarbeitsverträge beinhalten grosszügige Urlaubsregelungen. Junge Väter und Familien haben heute vielfältige Möglichkeiten, sich um ihre Kinder zu kümmern. Die Flexibilisierung von Arbeitsort und Arbeitszeit ist der Schlüssel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ein weiterer kostspieliger Ausbau des staatlichen Sozialsystems wäre schlicht verantwortungslos! Sozialversicherungen haben wir eingeführt, um Not und Elend zu verhindern. Vaterschaft ist kein sozialer Härtefall, der es rechtfertigt, dass wir dafür neue Finanzierungsquellen installieren.

Um Familien zu fördern gibt es intelligentere Ansätze als Lohnprozentabgaben:

Ein Ansatz wäre das heutige, frauenfeindliche Steuersystem für eine bessere Partizipation der Mütter am Arbeitsmarkt zu reformieren.

Ludwig Loretz, Landrat FDP



Andermatt, 6. Juli 2020

**Wir dürfen nicht so tun,
als wäre unsere Volkswirtschaft eine Kuh,
die im Himmel gefüttert
und auf Erden gemolken werden kann.**

Manfred Rommel